

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt-Druckerei
Riesner Nr. 29.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1839
Circulanz Riesa Nr. 22.

Nr. 159.

Sonnabend, 11. Juli 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Hosen. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben), 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, bewilligte Rabatte nicht, wenn der Vertrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtigkeitsunterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — strieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsbetriebe — hat der Besteller keinen Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Aufwertungsgeetze im Reichstag.

vdg. Berlin, 10. Juli 1925.

Am Regierungstische: Reichswehrminister Dr. Gessler, Reichsfinanzminister v. Schlieffen, Reichsjustizminister Dr. Prentken.

Auf den Tribünen haben viele Vertreter von Sparern und Rentnerorganisationen Platz genommen.

Präsident Koebke eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 45 Min. und schlägt vor, den ersten Punkt der Tagesordnung, das Gesetz über das Tragen einer Militärform abzusehen, um die Erledigung der Aufwertungsgeetze nicht zu stören, die bis zum 15. Juli verabschiedet sein müssen.

Abg. v. Graefe (völk.) widerspricht in erregtem Tone. Es seien ungeheuerliche Angriffe gegen die Offiziere der alten Armee gerichtet worden, die zurückgewiesen werden müßten. Als der Redner von Verleumdern und Landesverrätern spricht, erteilt ihm der Präsident eine Rüge.

Dem Einspruch v. Graefes schließen sich nur die Völkischen an. Das Uniformgesetz wird also abgelehnt.

Das Handelsabkommen mit der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion wird dem auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Zweite Lesung des Aufwertungsgeetzes.

Es folgt die zweite Lesung des Aufwertungsgeetzes.

Abg. Schetter (Zentr.) weist als Berichterstatter kurz auf die mühsame Arbeit des Ausschusses hin, zu dessen Beschlüssen bereits neue Änderungsanträge der Regierungsparteien, der Sozialdemokraten und des Abg. West (völk.) vorliegen.

Abg. Reil (Soz.) begründet die Änderungsanträge der Sozialdemokraten. Durch die Kompromißvorschläge würden nur Bruchteile des alten Rechtes wieder hergestellt. Nicht alle Hoffnungen, die eine strapaziöse Wahlkampagne erfüllt hätte, seien erfüllbar. Nur ein Teil der Gläubiger und Sparern habe sich diesen sinnlosen Hoffnungen hingelassen. Der Redner verweist auf die deutsche Wahlplatt, in denen höhere Aufwertungsätze versprochen worden. Die Haltung der deutschnationalen Fraktion habe in schärfstem Gegensatz zu den lehrerzeitigen Versprechungen dieser Partei. Den besten Weg sieht der Redner in der sozialen Lösung. Das Kompromiß liege die Rückstufung auf die Sparern und Rentnern vermissen, zeige aber volles Verständnis für die Interessen der Inflationsgewinner. (Unruhe rechts.) Den Deutschnationalen würde es draußen im Volke übel bekommen, daß sie die Schieber und Spekulanten schügen wollen. (Widerspruch rechts.) Der Redner behandelt dann, während die Rechte mit Zurufen antwortet, die Auseinandersetzungen zwischen den Deutschnationalen und Dr. West, dem man den Stuhl vor die Tür gesetzt habe. Von staatsmännischem Geist sei in der ganzen Aufwertung kein Hauch zu verspüren. Es sei ein Skandal, daß die Regierungsparteien die sofortige Erhebung der Inflationsgewinne verhindert hätten. Der Redner wendet sich gegen die Börsenspekulation und fordert Auskunft von der Regierung über die Besitzstände an Anleihen.

Abg. Gergt (Dnat.) wird von der Linken mit den Rufen empfangen: Hier steht ich, so kann nicht anders! (Weiterkeit.) Der Redner erklärt, ohne die Deutschnationalen gebe es überhaupt keine Aufwertung. (Beifall rechts, Gelächter links.) Sie hätten die Sache erst in Ruhe gebracht. Die Sozialdemokratie habe um das Problem nur herumgeredet. Sie habe kein Herz für die Sparern und Rentner, mit der antikapitalistischen Sozialdemokratie sei überhaupt keine Aufwertung zu machen. (Zustimmung rechts.) Hier habe sie sich überhaupt gegen jede Aufwertung gewendet, und erst später habe sie aus agitatorischen Gründen sich im Reichstage dafür eingesetzt. (Lärm links.) Die Deutschnationalen haben, so erklärt der Redner, für die Sparern und Gläubiger alles herausgeholt, was im Bereich der Möglichkeit lag. Man könne nicht mit dem Kopfe durch die Wand. Früher sei immer nur geredet worden, jetzt, wo die Deutschnationalen in der Regierung saßen, werde endlich etwas geschafft. (Zustimmung rechts.) Das Volk habe Hochachtung vor dem, der etwas erreiche. Alle bisherigen Regierungen hätten an der Aufwertungsfrage nur herumgedoktort. Wenn man die Höhe der Aufwertung bemängelt, so solle man sich der wachsenden Stimme des Reichsrentnerschafts erinnern, der es nicht für ausgeschlossen halte, daß die schweren Zeiten von 1923 wieder kommen, wenn man unvorsichtigerweise sage. Schacht habe geradezu vor einem Aufwertungsstillstand gewarnt. Die Aufwertung hätte vor dem Dames-Bataillon erledigt werden müssen. Wir haben, so erklärt der Redner, die Linke gezwungen, die 10prozentige Aufwertung anzuerkennen. Auch der Reichskanzler ist veranlaßt worden, in diesem Sinne an die Aufwertungsfrage heranzutreten. (Lärm links.)

Wie ernst die wirtschaftliche Lage sei, gehe aus den Verhältnissen des Stinnes-Konzerns hervor. (Zustimmung rechts.) Die Deutschnationalen haben, so erklärt der Redner, ein Herz für die kleinen Rentner, die niemals zu den Sozialdemokraten gehören werden. (Lärm links.) Aber was hätte es genützt, wenn man den kleinen Sparern 50 Prozent Aufwertung zugesagt hätte, und dann eine neue Inflation kommen würde. (Zustimmung rechts.) Die Aufwertungsfrage wäre rascher gelöst worden, wenn nicht Widerstände bei der Regierung vorhanden gewesen wären, auf die man Rücksicht nehmen mußte, denn auch die Regierungsparteien dürfen mit der Regierung nicht wie mit einer Puppe umspringen. (Großes Gelächter links.) Die Aufwertungsfrage ist zur ein Auschnitt aus einem großen Komplex von innen- und außenpolitischen Fragen. Unsere jetzige Regierung soll

den Wiederaufbau leisten. Die Haltung der Deutschnationalen sei das Ergebnis einer genauen Gewissensprüfung. Man müsse die Regierung unterstützen, weil die Koalition für Deutschlands Zukunft erforderlich sei. (Beifall links.) (Zurück links: Auch mit Stresemann? — Weiterkeit links.) Aufgabe der Regierung sei es, der schlimmsten Not der Aufwertungs-gläubiger abzuhelfen. 78 Milliarden zu 100 Prozent aufzuwerten, wäre ein Wahnsinn. Der Redner weist darauf hin, daß durch deutschnationale Arbeit die Regierungsvorlage verbessert wurde. Er schließt mit einem Appell zur Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte. (Beifall rechts.)

Abg. Schetter (Zentr.) gibt zunächst einen Überblick über die Ursachen der wirtschaftlichen Katastrophe, die mit dem Verfall der deutschen Währung in der Nachkriegszeit über Deutschland hereinbrochen ist. Durch das Londoner Abkommen sei wenigstens grundräßig die Last unserer Reparationsverpflichtungen der deutschen Leistungsfähigkeit angepasst worden. Dem Staate sei mit der Heberführung der Forderungenrechte aus der alten Währung in das neue Währungsrecht eine äußerst schwierige Aufgabe zugefallen. Überwunden werden sollten diese Schwierigkeiten nun durch die jetzt zur Beratung stehenden Aufwertungs- und Ablösungsgeetze. Selbst wenn sich die Forderungen der Gläubiger durchführen ließen, sei es nur eine bescheidene Rehabilitation. Im Falle des Scheiterns aber würden sie als erste in den Strudel einer neuen Wirtschaftskatastrophe hineingerissen werden. Das Zentrum stelle den reichsgerichtlichen Grundgedanken, daß es mit Treu und Glauben unvereinbar ist, alle Schuldforderungen durch die Geldentwertung als getilgt anzusehen, in den Mittelpunkt. Die individuelle Methode sei die einzige, die der Gerechtigkeit Genüge leiste. Leider sei sie aber staats- und finanzpolitisch nicht zu realisieren.

Würde man 65 Milliarden Hypotheken und 5 Milliarden Industrieobligationen auch nur zur Hälfte wieder herstellen, so hätte die Wirtschaft dafür bei 5prozentiger Verzinsung jährlich 3,5 Milliarden Zinsen aufzubringen. Unsere Wirtschaft ist aber so geschwächt, daß sie in absehbarer Zeit solche hohe Summen nicht aufbringen kann. Ist doch unser Volksgeldvermögen von 350 Milliarden auf 150 bis 160 zurückgegangen. Dazu kommt die wesentlich erhöhte Last an Abgaben für Reich, Länder und Gemeinden, die an 12 Milliarden heranreicht. Früher betrug der Verdienst pro Kopf und Jahr 600 Mark mit einer Steuerbelastung von 25 Mark, heute sind es 400 Mark mit einer Steuerbelastung von 125 Mark. Dazu komme die schwierige Lage der großen Erwerbsstände, auf deren Schultern die Aufwertungsfrage in erster Linie liege. In der Landwirtschaft sei die Rentabilität der Betriebe vielfach aufgehoben. Auch bei der Industrie seien die Verhältnisse sehr verschieden. Der Aufwertungsfrage dürfte daher nicht zu hoch getrieben werden. Die jetzige Lösung ist unbefriedigend, aber es war nicht mehr zu erreichen.

Der Redner wendet sich noch gegen die Darstellung des Abg. Gergt über die Vorgänge zur Aufwertungsfrage und erklärt, daß sie der historischen Wahrheit nicht ganz entsprächen. (Hört! hört! links.) Dieses Abweichen von der Wahrheit sei nur durch die Verlegenheit zu erklären, in der sich heute die Deutschnationale Partei in der Aufwertungsfrage befinde. Dr. Gergt solle die Geduld der Parteien, die heute mit ihm zusammen die Regierung stützen, nicht auf eine zu große Probe stellen. (Zustimmung im Zentrum.) Noch als Gergt auf der Bank der Opposition saß bei der Liquidierung des passiven Widerstandes, hätten die damaligen Regierungsparteien entscheidende Schritte zur Heilung der schweren Wunden der deutschen Sparern unternommen. (Sehr wahr! links und im Zentr.)

Abg. Dr. Wandersich (DVP.) stellt fest, daß er bemüht gewesen sei, in der Aufwertungsfrage anschießend zu wirken. In dieser Frage stehen sich die wirtschaftlichen und die rechtlichen Auffassungen gegenüber. Im Interesse der Wirtschaft liege es, die Last in der Bewältigung zu überwinden. Mit der Rechtstheorie allein komme man in dieser Frage nicht vorwärts, man müsse sich an die praktischen Möglichkeiten halten. Die Aufwertung sei die Heberführung von der zusammengebrochenen alten zur neuen Währung. Der Redner dankt dem Justizminister dafür, daß in der neuen Vorlage das schlechte Juristendeutsch durch eine klare deutliche Fassung ersetzt worden sei. Der Bestick Entwurf sei praktisch undurchführbar, das Kompromiß sei die einzig mögliche Lösung. Es kommt zu einer Diagonale der Anfragen. Bei der Feststellung des Aufwertungsmaßes muß vermieden werden, daß der Schuldner ruiniert wird. Der Redner fordert baldige Aufhebung der Wohnungswirtschaft, damit den Hausbesitzern durch die neuen neuen Mittel geholfen werden können. Die schwersten juristischen Bedenken ergeben sich gegen die Form der Rückwirkung. Es geht nicht an, mit einem bestimmten Stichtage von einer Währung zur anderen überzugehen.

Abg. Koch-Weser (Dem.) gibt eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß seine Partei keine unerfüllbaren Versprechungen gemacht habe, und daß die Sozialdemokraten keine Wahlkampagne getrieben hätten. Das Kompromiß zeige die verzweifelten Versuche der Deutschnationalen, die Spuren ihrer unverantwortlichen Agitation zu verwischen. (Lärm rechts.) Die Aufwertung sei ein moralisches, soziales und wirtschaftliches Gebot, aber auch ein Problem der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Aufwertung müsse bis an die Grenze des Möglichen gehen. Ginge sie darüber hinaus, so würde neue Inflation drohen.

Abg. Dr. West (völk.) bezeichnet die dritte Steuernotverordnung als einen Ruf nach Unwärtigkeit. Plancher

hätte sich nicht gefeiert, in dem Reichstage des Dr. Luther mit dem Gelde seines Gläubigers in Saub und Braus zu leben. Der Redner erklärt, er habe bisher die dritte Steuernotverordnung als den größten Rechtsbruch betrachtet, die jetzige Aufwertungsgeetze habe ihn aber eines besseren belehrt. (Sehr gut! links.) Unter dieser Art von Finanzpolitik leide auch das Ansehen Deutschlands nach außen. Den Verbesserungen gegenüber der dritten Steuernotverordnung ständen so viele Verschlechterungen gegenüber, daß er, wenn er zu wählen hätte, die 2. Steuernotverordnung wählen würde. (Hört! hört!) Bei der Aufwertungsfrage habe man sich gegen den Neubeck der reinen Spekulanten anzuschließen. Der Vernichter des deutschen Rechts liege jetzt auf dem Stuhle des Gründers des Deutschen Reiches. Er halte ihn für einen ausgezeichneten Sachberater des Großkapitals. Die Regierung irre, wenn sie glaube, daß mit ihrer Vorlage die Ruhe im Volke wiederhergestellt werde. Der Kampf werde erst beginnen, wenn die Vorlage Gesetz geworden sei.

Reichsjustizminister Dr. Prentken: Ich muß es auf das tiefste bedauern, daß ein Mann, der gleich mir einst einer der höchsten Posten im deutschen Rechtsleben eingenommen hat, sich zu so maßlosen Ausdrücken und Beleidigungen des Herrn Reichskanzlers hat hinreißen lassen. Er hat den Reichskanzler das Moral- und Gerechtigkeitsgefühl abgesprochen. Derartige Beleidigungen sind unerträglich.

Um 11 Uhr abends schließt die allgemeine Aussprache. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Präsident Koebke schlägt um 11 1/2 Uhr vor, die Beratungen abzubrechen. Die Rechte erhebt unter großer Unruhe Widerspruch und will noch das Gesetz über die Militärformen erledigen. Der Präsident weist darauf hin, daß es ihm in der letzten Stunde kaum noch möglich gewesen sei, die Rede aufrecht zu erhalten.

Der Beratungsantrag wird schließlich gegen deutschnationale und Deutsche Volkspartei angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Einzelberatung der Aufwertungsgeetze.

Reichsrat und Aufwertungsgeetze.

vdg. Berlin. Wie wir hören, wird der Reichsrat sich alsbald, nachdem der Reichstag die Aufwertungsgeetze verabschiedet haben wird, seinerseits mit der Frage befassen, so daß bis zum 16. Juli die Gesetze in Kraft treten können und, nachdem an diesem Tage die dritte Steuernotverordnung außer Kraft tritt, keine Lücke entsteht.

Beratung des Reichsverfürsorgegeetzes.

vdg. Berlin. Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner Freitagssitzung weiterhin mit dem Reichsverfürsorgegesetz. Die Beratungen legten ein beim § 46, der die Höhe der Elternrente betrifft. Die Regierungsvorlage sieht vor, daß Eltern, deren im Felde gefallener Sohn als Ernährer der Familie anzusprechen ist, 60 Prozent der Volkrente erhalten sollen. Die kommunalistischen Vertreter beantragten, diese Elternrente auf 60 Prozent für beide Elternteile und für einen Teil auf 60 Prozent der Volkrente der Verstorbenen zu erhöhen. Der Reichsrat lehnte den kommunalistischen Antrag ab.

§ 62 befaßt sich mit den Altersbeschränkungen für die Renten. Die Kürzung soll nach dem Regierungsentwurf erst bei einer unteren Grenze von 300 Mark Monats Einkommen beginnen und soll nur ein Zehntel der Gehaltsanteile betragen. Außerdem soll die Schwerbeschäftigtenzulage von der Kürzung nicht betroffen werden. Auch die Anwartszulage nicht.

Nach längerer Aussprache wurde die Regierungsvorlage angenommen. Darauf vertagte sich der Reichsrat.

Neue unerfüllbare Quartierforderungen.

(Berlin. Die französische Besatzungsbehörde hat von der Stadtverwaltung Landau die sofortige Bereitstellung von 45 Wohnungen für Verheiratete und von 15 möblierten Wohnungen für Ledige gefordert. Die großen Wohnungsanforderungen in Kaiserslautern, wofin ein französisches Armeekorps aus dem Ruhegebiet verlegt werden soll, betragen 88 Wohnungen verschiedener Größe, darunter zwei Villen für Generale und 16 möblierte Wohnungen. Ferner ist für die französische Vor- und Mittelschule die Stellung eines Gebäudes verlangt worden. Schließlich wird die Bereitstellung einer Gendarmereikaserne gefordert. Die Stadt Kaiserslautern hat Befehl erhalten, bis 11. Juli zu berichten, welche Maßnahmen sie getroffen hat, um die Wohnungen herzustellen.

Die Stadtverwaltungen von Kaiserslautern und Landau sind bei der außerordentlich großen Wohnungsnot in diesen Städten nicht in der Lage, den Ansprüchen der französischen Besatzungsmächte zu entsprechen, zumal alle Bemühungen des Reiches durch Herstellung von Ersatzbauten eine Entlastung des Wohnungsmarktes herbeiführen durch die ständig steigenden Ansprüche der Besatzung an Wohnungen völlig zunichte gemacht worden sind.